

Der Mythos der stärksten Klasse

Viola Neu

Geboren 1964 in Ludwigshafen am Rhein, promovierte Politikwissenschaftlerin, Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Analyse und Beratung, Leiterin Wahl- und Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Über das Wahlverhalten der Arbeiter

Der Gedanke an Arbeiter – oft auch an die Arbeiterklasse – weckt auch ohne marxistische Grundüberzeugungen tief verwurzelte Bilder und nostalgische, vielleicht sogar romantisierende Assoziationen.

Man denkt unwillkürlich an den Kampf um die Arbeitsbedingungen, die Gleichstellung der Arbeiter nicht zuletzt im Wahlrecht, die eigene Kultur des Proletariats, den Aufstieg durch gute Gehälter im Nachkriegsdeutschland (bedingt gilt das auch für die DDR) und an das Schwinden der Gräben zwischen der Bürger- und Arbeiterkultur. Die Arbeiterklasse ist Teil der historischen Erinnerungskultur.

Doch spätestens seit den 1970er-Jahren ist ihr Schwinden nicht zu übersehen. Der letzte Höhepunkt der Gleichstellung der Arbeiterschaft markiert eine Reform im Versicherungswesen. Spätestens 2005 wurde das Ende des Arbeiterstatus besiegelt. In der Deutschen Rentenversicherung vereinigten sich die für die Arbeiter zuständigen Landesversicherungsanstalten (LVA) mit der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Auch in Tarifverträgen findet sich die Differenzierung seither nicht mehr: Inzwischen gibt es nur noch die Unterscheidung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.¹

1 Stefan Wannenwetsch: „Es gibt noch Arbeiter in Deutschland“. Zur Kategorie ‚Arbeiter‘ in der bundesdeutschen ‚Arbeitnehmergesellschaft‘, De Gruyter / Oldenbourg Verlag, Berlin 2024.

2 Statistisches Bundesamt: Statistischer Bericht - Mikrozensus - Arbeitsmarkt - Endgültige Ergebnisse 2023, 19.05.2025, www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Publikationen/Downloads-Erwerbstaetigkeit/statistischerbericht-mikrozensus-arbeitsmarkt-2010410237005-endergebnisse.html [letzter Zugriff: 18.02.2026].

3 Florian R. Hertel: „Sozialstrukturelle Veränderungen und Ungleichheit in der deutschen Klassengesellschaft“, in: WSI-Mitteilungen, 73. Jg., Nr. 4/2020, S. 155-164.

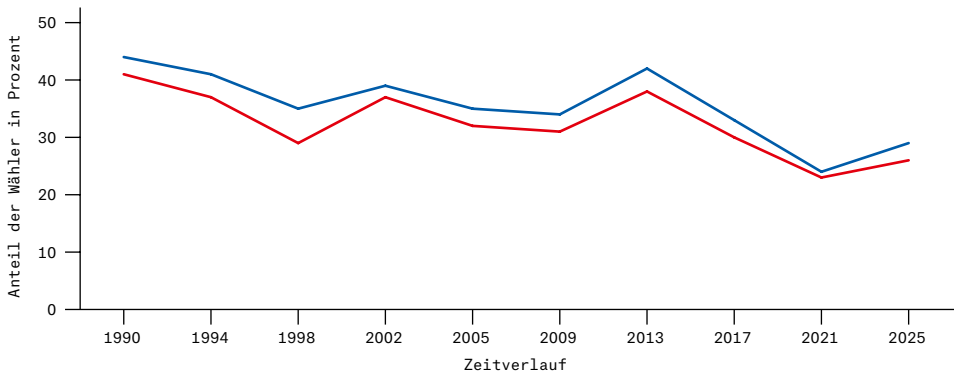
4 Harald Schoen: „Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung“, in: Jürgen W. Falter / Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, 2. Aufl., Wiesbaden 2014, S. 169-240.

Die Arbeiterschaft verschwindet so Stück für Stück aus der wissenschaftlichen und statistischen Wahrnehmung der Gesellschaft. Auch Behörden tragen dieser Entwicklung Rechnung. So wird die Differenzierung von Arbeitern und Angestellten vom Statistischen Bundesamt nicht mehr erhoben. Die letzte Publikation des Mikrozensus mit einer Trennung von Angestellten und Arbeitern erfolgte im Jahr 2023 auf Grundlage des Zensus von 2022.² Etwa 4,5 Millionen Arbeiter gab es zu diesem Zeitpunkt. Auf dieser Basis beträgt der Arbeiteranteil an der Erwerbsbevölkerung 10,56 Prozent (von insgesamt 42.527.000 Erwerbstätigen). Der Anteil der Arbeiter sinkt jedoch kontinuierlich. So waren 1950 noch mehr als die Hälfte der Beschäftigten Arbeiter.

Die Arbeiter sind trotz dieser Entwicklung dennoch nicht aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verschwunden. Menschen denken bei Berufen an Tätigkeiten, die sie der Gruppe der Arbeiter zuordnen. Auch bei den aktuellen und früheren Berufstätigen spielt die Selbsteinstufung als Arbeiter nach wie vor eine Rolle. Unabhängig vom Mikrozensus, der auf Selbstauskünften der Befragten beruht, wird in Umfragen mit unterschiedlichen und sehr differenzierten Messinstrumenten nach der früheren und/oder aktuellen Erwerbstätigkeit gefragt; daher gibt es auch in der empirischen Sozialforschung Erkenntnisse über Arbeiter. Analysen zur Arbeiterklasse gehören jedoch der Vergangenheit an. So wird in der Soziologie oftmals auf andere Unterteilungen – beispielsweise auf „Unterklasse“ oder „Unterschicht“ – zurückgegriffen. Arbeiter werden in diesen Unterteilungen meist in zwei Gruppen eingeteilt: Facharbeiter werden eher der Mittelschicht, Arbeiter mit einfachen Tätigkeiten der Unterschicht zugeordnet. In der Unterschicht finden sie sich dann in einer Gruppe mit prekär Beschäftigten und Arbeitnehmern, die einfache Dienstleistungen ausführen, wieder. Gelegentlich gibt es Studien, die die Gruppe der Arbeiter ausweisen, doch stellen diese mittlerweile die Minderheit dar.³ Das liegt daran, dass sich zwei zentrale Fragestellungen gegenüberstehen: Wird soziale Ungleichheit erforscht, dann ist eine Stratifikation notwendig, die Unterschiede zwischen den sozialen Lagen operationalisiert. Werden Einstellungen oder politisches Verhalten untersucht, dann wird der Einfluss der Sozialstruktur auf die Einstellungen beziehungsweise das politische Verhalten geprüft. Es gibt hier seit Jahrzehnten einen Trend, der belegt, dass sich der Einfluss der Sozialstruktur auf politische Einstellungen und das Wahlverhalten zunehmend abgeschwächt hat.⁴

Der Mythos der Arbeiter als der „stärksten“ Klasse scheint dennoch fortzubestehen. Die sinkende Resonanz der SPD in der Wählerschaft wird meist damit verknüpft, dass sie ihren Anspruch auf die Vertretung der Arbeiterklasse eingebüßt habe. Die Zugewinne der AfD bei Arbeitern – vor allem bei der Bundestagswahl 2025 – wurden in vielen

Bundestagswahlen 1990-2025. Vergleich: CDU/CSU-Wahlergebnis und Wahlentscheidung der Arbeiter für die CDU/CSU (in Prozent)



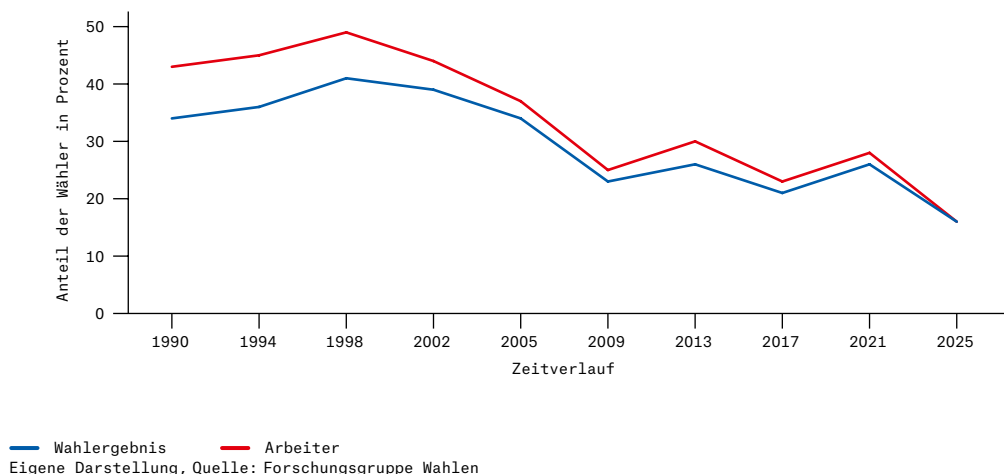
— Wahlergebnis — Arbeiter
Eigene Darstellung, Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Wahlanalysen als Beweis für die nachlassende Bindungskraft der SPD interpretiert. Damit wird der Arbeiterklasse nach wie vor eine zentrale Bedeutung für den Wahlausgang von Parteien zugesprochen.

Wenn man das Wahlverhalten der Arbeiter seit der Wiedervereinigung 1990 betrachtet, gibt es sowohl große Kontinuitätslinien als auch signifikante Veränderungen – je nachdem, welche Partei man analysiert.

Die Arbeiter verhalten sich kollektiv parallel mit der politischen Stimmung der Gesamtbevölkerung. Dieser Effekt ist jedoch nicht auf Arbeiter begrenzt. Schon lange wird beobachtet, dass es in den einzelnen sozialstrukturellen Gruppen kaum Abweichungen vom allgemeinen Trend gibt. Es gibt nur unterschiedlich hohe Sockel: Gruppen, bei denen Parteien generell einen höheren Zuspruch finden, und Gruppen, bei denen die Zustimmung unterdurchschnittlich ist. Doch bewegen sich diese Gruppen bei Wahlen fast identisch wie alle anderen Wähler. Wenn es schlecht läuft, verlieren Parteien in allen Gruppen – auch dort, wo sie normalerweise eine hohe Gruppenanbindung haben. Der Zuspruch in diesen Gruppen ist dann zwar immer noch überdurchschnittlich, nur auf einem niedrigeren Niveau gegenüber der Vorwahl. Dies gilt auch für die Gruppen, in denen Parteien unterdurchschnittlich abschneiden, also eine traditionell schwächere Anbindung haben. Auch dort verlieren Parteien meist so, wie es sich im Bevölkerungsdurchschnitt ablesen lässt. Die Wirkung der politischen Stimmung ist also in allen sozialstrukturellen Gruppen – mit einigen wenigen Ausnahmen – fast immer gleich. Oder um es anders zu formulieren: Das Delta der Über- und Unterrepräsentation ist fast konstant.

Bundestagswahlen 1990-2025. Vergleich: SPD-Wahlergebnis und Wahlentscheidung der Arbeiter für die SPD (in Prozent)

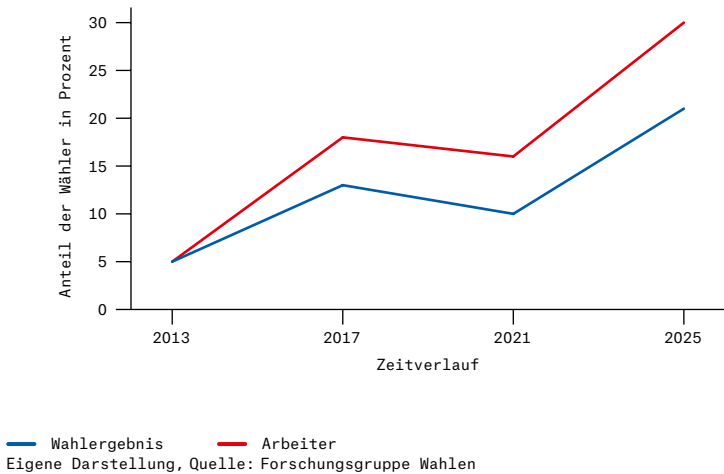


Betrachtet man nun das Abstimmungsverhalten der Arbeiter für die einzelnen Parteien, entsprechen bei der Union, der FDP und den Grünen die Gewinne und Verluste in der Gruppe der Arbeiter im Durchschnitt den Gewinnen und Verlusten, die insgesamt erzielt werden. Diese Parteien erzielen in der Gruppe der Arbeiter immer unterdurchschnittliche Ergebnisse.

Entgegen ihrem aus der Parteitradition entspringenden Image ist Die Linke (Partei des Demokratischen Sozialismus [PDS], Linkspartei) nicht die Partei der Arbeiterklasse. Allerdings gab es eine historische Phase, in der sie überdurchschnittlich gut in dieser Gruppe abschnitt. Mit dem Wechsel von Oskar Lafontaine in die PDS 2005 und der Fusion mit der WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative) zur Linkspartei/Die Linke gewann sie überdurchschnittlichen Zuspruch bei Arbeitern und auch bei Gewerkschaftsmitgliedern. Doch seit 2017 ist diese Phase vorbei. Wie vorher als PDS schneidet Die Linke in der Gruppe der Arbeiter entsprechend ihrem Gesamtergebnis ab.

Bei dem Kampf um die Arbeiterklasse hat die SPD durch die Konkurrenz der AfD erheblich Federn gelassen. 1990 und 1994 zeigte sich noch ein Bild, das auch vor der Wiedervereinigung ein vertrautes war: Die SPD schnitt bei Arbeitern weit überdurchschnittlich ab. Neun Prozentpunkte gewann sie jeweils bei diesen Wahlen in der Gruppe der Arbeiter mehr als im durchschnittlichen Wahlergebnis. Ab diesem Zeitpunkt ging es bergab – nicht steil, aber stetig. Bereits vor der ersten Teilnahme der AfD an einer Bundestagswahl im Jahr 2013 hatte die SPD ihren überdurchschnittlichen Rückhalt in der Arbeiterschaft von Wahl zu Wahl immer mehr eingebüßt. Das minimal bessere Abschneiden blieb

Bundestagswahlen 2013-2025. Vergleich: AfD-Wahlergebnis und Wahlentscheidung der Arbeiter für die AfD (in Prozent)

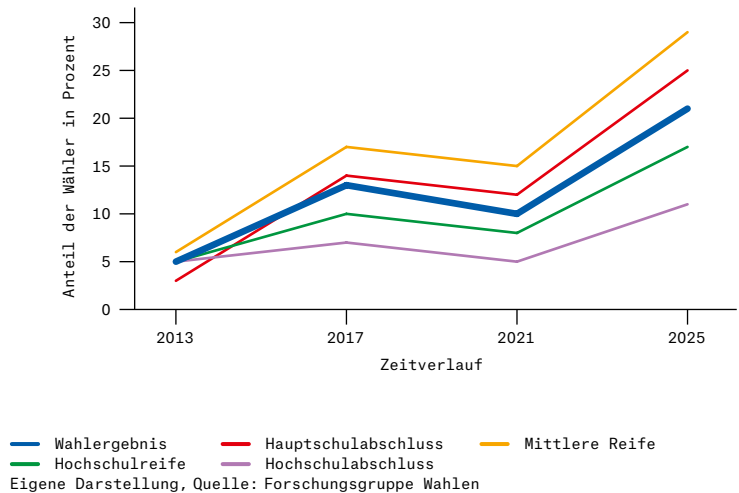


bei Arbeitern zunächst konstant, bis 2025 der Anteil der Arbeiter, die sich für die SPD entschieden, mit 16 Prozent dem Wahlergebnis der Partei in der Gesamtbevölkerung entsprach. 1998 stimmte noch die Hälfte der Arbeiter für die SPD.

Der gewachsene Zuspruch, den die AfD in der Gruppe der Arbeiter mittlerweile genießt, ist für die SPD besonders schmerzlich. Bei ihrer ersten Kandidatur für den Bundestag 2013 hatte die AfD noch keinen überdurchschnittlichen Zuspruch. Ab diesem Zeitpunkt stieg die Zustimmung bei Arbeitern jedoch stetig an, bis die AfD bei der Bundestagswahl 2025 bei der Arbeiterschaft um neun Prozentpunkte besser abschnitt als in der Gesamtbevölkerung. Erreichte die AfD 2025 insgesamt rund 21 Prozent, entschieden sich 30 Prozent der Arbeiter für die Partei. Dieser Trend lässt sich ebenfalls bei anderen rechtspopulistischen Parteien (wie der FPÖ in Österreich) beobachten, wobei sich die AfD als eine vom Bundesverfassungsschutz zumindest als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingetragene Partei von diesen unterscheidet, was aber für das Wahlverhalten irrelevant zu sein scheint. In mehreren Bundesländern wird die AfD vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft.

Die Austauschprozesse der SPD mit der AfD scheinen nicht nur in Bezug auf die Arbeiter, sondern auch insgesamt in der Öffentlichkeit bislang unterbewertet zu sein. Seit 2013 hält sich hartnäckig die These, die AfD sei „Fleisch vom Fleische“ der Union. Diese Vermutung ist jedoch empirisch nicht zu halten. Die Wählerwanderungsbilanzen von infratest dimap, die im Rahmen der Wahlberichterstattung der ARD erhoben werden, sprechen eine andere Sprache. Am gesamten Zugewinn

Bundestagswahlen 2013-2025. Vergleich: AfD-Wahlergebnis und Wahlentscheidung in den Bildungsgruppen für die AfD (in Prozent)



an Stimmen der AfD bei der Bundestagswahl 2025 stammen 13 Prozent von der SPD; 19 Prozent sind ehemalige Wähler der Union. Gemessen an der Größe der SPD ist das ein überdurchschnittlicher Anteil. Als die AfD im Jahr 2021 Stimmen einbüßte, landeten 22 Prozent des Rückgangs bei der SPD, 7 Prozent bei der Union. Allerdings kann man anhand der vorliegenden Daten der Wählerwanderungen nicht feststellen, wie viele Arbeiter, die früher die SPD wählten, wechselten. Es ist allerdings plausibel, anzunehmen, dass sich unter den 720.000 Wählern, die 2025 von der SPD zur AfD gingen, auch Arbeiter befunden haben.

Zu bedenken ist auch, dass sich der Zustrom zur AfD teilweise etwa zur Hälfte aus Nichtwählern zusammensetzt. Das heißt, nur die Hälfte des Zuwachses erklärt sich aus ehemaligen Parteiwählern. Schon aufgrund ihrer Größenordnung hätte die Gruppe der Arbeiter den Anstieg der AfD auf 20,8 Prozent bei der Bundestagswahl 2025 nicht ermöglichen können. An dieser Stelle lohnt sich eine einfache Berechnung: Angenommen, die Wahlbeteiligung der Arbeiter entspräche dem Bevölkerungsdurchschnitt, dann wären etwa 3,7 Millionen Arbeiter zur Wahl gegangen. Der Anteil der AfD unter Arbeitern liegt bei 30 Prozent. Dann wären circa 1,2 Millionen ihrer Stimmen von Arbeitern gekommen. Bezogen auf die 10,4 Millionen Stimmen der AfD insgesamt, würde dies einem Anteil von circa 12 Prozent entsprechen, was ziemlich genau dem Arbeiteranteil an der Bevölkerung entspricht. Dies macht deutlich, dass vieles, was auf den ersten Blick erstaunlich erscheint, auf den zweiten Blick relativiert werden muss – zumindest was die Arbeiterschaft betrifft.

Die Arbeiterklasse hat aufgrund ihrer Größe einen geringen Einfluss auf das Abschneiden der Parteien. Anders stellt es sich dar, wenn man das Wahlverhalten nach Bildungsabschlüssen betrachtet. Jeweils etwa die Hälfte der Wähler verfügt über ein höheres beziehungsweise niedrigeres Bildungsniveau. Bürger, die keinen höheren Bildungsabschluss haben, neigen zunehmend zur AfD – eine Tendenz, die seit der Europawahl 2024 deutlich geworden ist. Männer, Wähler, die jünger als 35 Jahre sind, Wähler im ländlichen Raum und Wähler ohne Abitur neigen verstärkt zur AfD. Hatte die AfD 2013 keine nennenswerten Über- oder Unterrepräsentationen in den unterschiedlichen Bildungsgruppen, haben sich die Unterschiede zunächst verstärkt und sind zuletzt sprunghaft angestiegen. Bei allen Bundestagswahlen schnitt die AfD bei Wählern mit einem mittleren Bildungsniveau am besten ab. Doch waren die Unterschiede zwischen den Gruppen nicht sehr groß. Das hat sich 2025 dramatisch verändert: 11 Prozent der Wähler mit einem Hochschulabschluss entschieden sich für die AfD. Am besten schnitt die Partei bei Wählern mit einem mittleren Bildungsabschluss ab, von denen 29 Prozent für die AfD stimmten. Zwar kann heute noch nicht entschieden werden, ob eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie entstanden ist. Die Spreizung der AfD-Anhängerschaft nach dem erreichten Bildungsniveau macht hingegen nachdenklich.